V9 Einsamkeit begegnen – Für ein Mecklenburg-Vorpommern der gelebten Gemeinschaft

Gremium:	LAG Queer
Beschlussdatum:	22.04.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Einsamkeit ist eine der unterschätzten sozialen Herausforderungen unserer Zeit – auch und gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wie in ganz Ostdeutschland. Besonders ältere Menschen in ländlichen Räumen sowie Jugendliche und junge Erwachsene sind betroffen. Einsamkeit ist kein individuelles Schicksal, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann krank machen, demokratisches Vertrauen untergraben und gesellschaftliche Spaltung vertiefen. Besonders in unserem Flächenland mit demografischem Wandel, schwacher Infrastruktur und hoher Abwanderung ist Einsamkeit ein wachsendes Risiko – mit sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Die Bekämpfung von Einsamkeit ist nicht nur Ausdruck unserer Solidarität, sondern auch ein Beitrag zur Stabilität, Gesundheit und Demokratie. Als Bündnisgrüne setzen wir uns für eine Politik ein, die soziale Teilhabe stärkt, Strukturen vor Ort fördert und Isolation entschlossen entgegenwirkt – für alle Generationen, für alle Menschen.

Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit bei Jung & Alt

1. Soziale Orte fördern: Wir fordern ein Landesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern, Dorftreffs und mobilen Begegnungsangeboten in ländlichen Räumen.

2. Junge Menschen stärken: Jugendzentren, kulturelle Projekte und Jugendbeteiligung sollen finanziell und strukturell ausgebaut werden, wichtig ist ein kostenfreier Zugang, ein hoher Grad an Selbstorganisation sowie Vertrauen in Jugendliche und junge Menschen.

3. Soziale Mobilität sichern: Einführung eines landesweiten Sozial- und Jugendtickets für ÖPNV, Angebot von social Car Sharing für ländliche Regionen,sowie die Fortführung des Ausbaus des Rufbus-Systemen gegen soziale Isolation aufgrund von fehlender Mobilität.

4. Digitale Teilhabe ermöglichen: Förderung von digitalen Kompetenzen durch Nachbartreffs und Bildungsprogramme für ältere Menschen und konsequenter Ausbau der digitalen Infrastruktur.

5. Bildung als Schutz vor Einsamkeit: Wir setzen uns für die Stärkung von selbstorganisierten Bildungsangeboten ein.

6. Einsamkeit sichtbar machen: Wir setzen uns für eine landesweite Erhebung zur Einsamkeit in MV sowie für einen jährlichen Bericht zur sozialen Teilhabe ein.

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, Einsamkeit als politisches Querschnittshema
anzuerkennen und die genannten Maßnahmen in das landespolitisch-oppositionelle

Handeln
einzubinden und bei zukünftiger politischer Arbeit zu berücksichtigen.

Begründung

Einsamkeit ist eine der größten, aber bislang oft unterschätzten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Sie betrifft längst nicht mehr nur ältere Menschen – auch Jugendliche, junge Erwachsene, Alleinerziehende und Menschen mit eingeschränkter Mobilität leiden zunehmend unter sozialer Isolation. Besonders in Mecklenburg-Vorpommern, mit seiner weitläufigen Struktur, dem demografischen Wandel und einer vielfach unterversorgten sozialen Infrastruktur, wächst das Risiko von Einsamkeit stetig.

Einsamkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Lücken. Sie kann psychisch und physisch krank machen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben. Eine solidarische, vorausschauende Politik muss diese Entwicklung ernst nehmen und ihr wirksam begegnen – generationenübergreifend und strukturell.

Als Bündnisgrüne setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen teilhaben können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Wohnort. Dazu braucht es konkrete politische Maßnahmen, die soziale Räume schaffen, Begegnung ermöglichen und Mobilität sowie digitale Teilhabe fördern. Einsamkeit darf kein blinder Fleck bleiben, sondern muss als Querschnittsaufgabe in alle Bereiche der Landespolitik integriert werden – von der Jugendpolitik über die Altenhilfe bis zur Infrastrukturplanung.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, soziale Isolation sichtbar zu machen und präventiv zu bekämpfen. Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, fördern Gesundheit und Lebensqualität und leisten damit auch einen Beitrag zur Stabilität unserer Demokratie.

Unterstützer*innen

Hannes Damm (KV Vorpommern-Greifswald); Clemens Wloczka (KV Rostock); Annett Hansen (KV Rostock); Enrico Barsch (KV Landkreis Rostock); Philipp Lübbert (KV Ludwigslust-Parchim); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Barbara-Marie Mundt (KV Ludwigslust-Parchim); Steffi Rühlemann (KV Rostock); Sebastian Hüller (KV Landkreis Rostock); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); Nils Dümcke (KV Nordwestmecklenburg); Sylvia Karow (KV Ludwigslust-Parchim)